

Insolvenzrecht kompakt

Antworten auf die wichtigsten Fragen

Handbuch

von
Jan Dorell
und
Stefan Lissner

5. Auflage 2026

Zitiervorschlag:

Dorell/Lissner, Insolvenzrecht kompakt, 5. Auflage 2026, Rn. 1

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Werk auf geschlechtsspezifische Schreibweisen verzichtet und stattdessen das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechteridentitäten.

5. Auflage 2026

ISBN 978-3-7922-0433-7 (Print)

ISBN 978-3-7922-0248-7 (Digital)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG) ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Verlag W. Reckinger GmbH & Co. KG behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining (TDM) im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

© 2026 Verlag W. Reckinger GmbH & Co. KG,

Luisenstr. 100 – 102, 53721 Siegburg

www.reckinger.de | info@reckinger.de

Druck: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen-Seelscheid

Umschlaggestaltung: Huwer Grafik Design, Hürth

Satz: Cicero Computer GmbH, Bonn

Kapitel V: Forderungsanmeldung

- 152 Für die teilnehmenden Gläubiger eines Insolvenzverfahrens sind vor allem die Fragen rund um die Forderungsanmeldung von Bedeutung. Grundlage bildet auch hier der Eröffnungsbeschluss. Bereits in diesem ist das Petition an die Gläubiger enthalten, ihre Forderungen beim Verwalter innerhalb der im Eröffnungsbeschluss genannten Frist schriftlich anzumelden (§ 28 Abs. 1 InsO).

- 153 **Hinweis:** Nur wer an dieser Stelle reagiert und aktiv seine Forderung gegenüber dem Insolvenzverwalter anmeldet, sichert sich weitere Teilhabe am Verfahren.

Frage 68: Welche Form ist bei der Forderungsanmeldung zu wahren?

- 154 Die Forderungsanmeldung hat schriftlich (§ 174 Abs. 1 InsO) und in deutscher Sprache (§ 184 GVG) zu erfolgen. Die beizufügenden Unterlagen ergeben sich dabei aus § 174 Abs. 1 InsO. Der Anmeldung sollen danach die Urkunden, aus denen sich die Forderung ergibt, in Abdruck beigelegt werden. Die notwendigen beizufügenden Urkunden (§ 174 Abs. 1 InsO) – etwa Rechnungen, Verträge oder Quittungen – können auch nachgereicht werden.¹⁸⁹ Titel, Wechsel oder sonstige Schuldurkunden sind jedoch auf jeden Fall im Original nachzureichen, da später auf ihnen der Feststellungsvermerk nach § 178 Abs. 2 Satz 3 InsO anzubringen ist. Bei der Anmeldung sind der Grund und der Betrag der Forderung anzugeben sowie die Tatsachen, aus denen sich nach Einschätzung des Gläubigers ergibt, dass ihnen eine vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung, eine vorsätzliche pflichtwidrige Verletzung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht oder eine Steuerstraftat des Schuldners nach den §§ 370, 373 oder 374 AO zugrunde liegt. In der Regel erhalten die Gläubiger vom Insolvenzverwalter Formulare für die Anmeldung übermittelt. Diese können die Gläubiger verwenden, sind hierzu aber nicht verpflichtet. Eine Anmeldung in elektronischer Form ist dann möglich, wenn der Insolvenzverwalter dieser Form der Anmeldung ausdrücklich im Vorfeld zugestimmt hat (§ 174 Abs. 4 InsO). Die Anmeldung durch eine juristische Person hat durch das jeweilige Vertretungsorgan zu erfolgen. Sofern ein Bevollmächtigter die Forderungsanmeldung vornimmt, ist die Bevollmächtigung (z. B. Vollmacht) beizufügen.

Frage 69: Binnen welcher Frist hat die Forderungsanmeldung zu erfolgen?

- 155 Die Forderungsanmeldung hat binnen derjenigen Frist beim Insolvenzverwalter zu erfolgen, welche das Insolvenzgericht im Eröffnungsbeschluss (§ 28 Abs. 1 InsO) festgelegt hat. Die vom Gericht festgesetzte Frist beträgt längstens drei Monate. Zwar handelt es sich um keine Ausschlussfrist mit der

¹⁸⁹ Preß/Henningsmeier, in: HmbK-InsO, 11. Auflage 2019, § 174 Rn. 12.

Folge, dass der Gläubiger auch noch bis zum Schlusstermin nachmelden kann. Erfolgt eine solche Nachmeldung, hat das Insolvenzgericht auf Kosten des Säumigen entweder einen besonderen Prüfungstermin zu bestimmen oder die Prüfung im schriftlichen Verfahren anzuordnen (§ 177 Abs. 1 InsO). Die hiermit verbundenen Mehrkosten hat aber der säumige Gläubiger zu tragen. Erfolgt die Anmeldung allerdings erst nach der Niederlegung und der öffentlichen Bekanntmachung des Schlussverzeichnisses gem. § 188 InsO kann die Forderung grundsätzlich nicht mehr in das Verteilungsverzeichnis aufgenommen werden.¹⁹⁰ Darüber hinaus bildet die abschließende Gläubigerversammlung (der sog. Schlusstermin) die letzte Möglichkeit zur Forderungsprüfung – dies gilt auch für ein evtl. Anmeldeattribut der unerlaubten Handlung.¹⁹¹

Mitunter kommt es in der Praxis vor, dass eine Nachmeldung notwendig wird, obwohl der Gläubiger seine Forderung rechtzeitig gegenüber dem Insolvenzverwalter geltend gemacht, dieser es aber versäumt hat, die Forderung rechtzeitig dem Gericht vorzulegen. Ein Gläubiger stellt sich dann zu Recht die Frage, ob die durch eine Nachprüfung verursachten Kosten ihm aufzuerlegen sind. Die Rechtslage ist diesbezüglich umstritten, da neben der Auffassung, dass auch in der hier vorliegenden Konstellation die anmeldende Gläubigerin Kostenschuldnerin einer Gebühr nach Nr. 2340 KV GKG sei,¹⁹² ebenfalls vertreten wird, dass die Gebühr nicht entstehe¹⁹³ oder dass der Insolvenzverwalter der Kostenschuldner dieser Gebühr sei.¹⁹⁴ Nach ganz überwiegender Meinung trägt im Regelfall der unmittelbaren Anwendung des § 177 Abs. 1 InsO – also der verspäteten Anmeldung durch einen Gläubiger – der den besonderen Prüfungstermin veranlassende Nachzügler die hierdurch entstehenden Kosten unabhängig davon, ob seine Säumnis auf seinem Verschulden beruht oder nicht.¹⁹⁵ Der Anfall der Gebühr knüpft nämlich nicht an ein vom Kostenbeamten zu prüfendes Verschulden an, sondern entsteht allein dadurch, dass das Insolvenzgericht die gebührenausschließende Tätigkeit – die Prüfung der Forderung im schriftlichen (Nachtrags-)Verfahren – vornimmt.¹⁹⁶ Die Gebühr beträgt seit dem 1. Juni 2025 24 Euro.

190 Kießner, in: FK-InsO, § 174 Rn. 5.

191 BGH, Urteil vom 19. Dezember 2019 – IX ZR 53/18; Lissner, ZVI 2020, 167 ff.

192 So bspw. LG Krefeld, Beschluss vom 9. Februar 2017 – 7 T 156/16 – ZIP 2017, 936 = NZI 2017, 367; Depré, in: HK-InsO, 10. Auflage 2020, § 177 InsO Rn. 15.

193 So bspw. Zenker, in: BeckOK-InsR, Stand: Oktober 2022, § 177 Rn. 17.

194 So bspw. AG Leipzig, Beschluss vom 26. Mai 2008 – 406 IK 1219/07; Siebert, VIA 2017, 52; Harbeck, jurisPR-InsR, Stand: Juli 2017, Anm. 5.

195 Gerhardt, in: Jaeger, Insolvenzordnung, 2. Auflage, § 177 Rn. 15; Zenker, in: BeckOK-InsR, Stand: Oktober 2022, § 177 Rn. 17; Specovius, in: Braun, Insolvenzordnung, 9. Auflage, § 177 Rn. 11; Jungmann, in: Schmidt, Insolvenzordnung, 20. Auflage, § 177 Rn. 20; Sinz, in: Uhlenbruck (Hg.), Insolvenzordnung: InsO, 15. Auflage 2019, § 177 Rn. 30; Oestreich/Hellstab/Schneider, GKG/FamGKG, Stand: Mai 2018, Nr. 2310-2386 KV GKG Rn. 54 f.

196 OLG Dresden, Beschluss vom 24. Januar 2023 – 12 W 636/22.

Frage 70: In welcher Form haben Steuer- und Abgabenbehörden die Forderung anzumelden?

- 157 Auch für diese Behörden gilt es, ihre Forderungen wie jeder andere anzumelden. Ein vormaliges in der Konkursordnung bekanntes Vorrecht wurde in die InsO nicht übernommen. Als Nachweise der Forderungen kommen bspw. Steuerbescheide¹⁹⁷, Steuerfestsetzungen, unabhängig einer Bestandskraft, Steueranmeldungen oder sonstige Vollstreckungstitel oder Nachweise über erfolglose Vollstreckungen in Betracht. Macht die Finanzbehörde im Insolvenzverfahren einen Anspruch aus dem Steuerschuldverhältnis als Insolvenzforderung geltend, so stellt sie erforderlichenfalls die Insolvenzforderung durch schriftlichen Verwaltungsakt fest (§ 251 Abs. 3 AO).¹⁹⁸ Über die Art, die Höhe und vor allem auch über den maßgeblichen Fälligkeitszeitraum wird daher nach steuerrechtlichen Gesichtspunkten entschieden¹⁹⁹, während die Frage, wie die Forderung im Insolvenzverfahren partizipiert, durch die InsO geregelt wird.

Frage 71: Was geschieht mit noch nicht fälligen Forderungen?

- 158 **Beispiel:** Die Muster GmbH schuldet der Gemeinde G Gewerbesteuer für die Jahre 2013 und 2014. Die Festsetzung der Gewerbesteuervorauszahlungen ist verfolgt und die Gewerbesteuerzahlungen sind einstweilen bis 31. Dezember 2014 gestundet. Am 1. Juli 2014 wird das Insolvenzverfahren eröffnet. Was geschieht mit der Gewerbesteuer?
- 159 Wie bereits ausgeführt bedeutet die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, dass Forderungen nur nach der Insolvenzordnung weiterverfolgt werden können. Auch kommunale bzw. öffentlich-rechtliche Gläubiger haben ihre Forderungen zur Insolvenztabelle anzumelden. Dabei gilt, dass nicht fällige Forderungen mit Insolvenzeröffnung als fällig gelten (§ 41 Abs. 1 InsO). Unter § 41 InsO fallen Forderungen, welche (noch) nicht fällig sind. Hier variieren die unterschiedlichen Steuer- und Abgabenarten aber. Nachfolgend werden einige unterschiedliche Fälle dargestellt. Grundsätzlich gilt, dass die Steuer- oder Abgabenforderung bei Insolvenzeröffnung begründet sein muss (§ 38 InsO) und in der Zukunft fällig wird. Mit anderen Worten: Der Umstand späterer Fälligkeit muss gewiss sein, der Zeitpunkt der Fälligkeit kann aber ungewiss sein.²⁰⁰ Für die Anwendung der Vorschrift ist es unerheblich, ob der Aufschub der Fälligkeit auf einer gesetzlichen Regelung, einem Rechtsgeschäft, einer richterlichen Anordnung oder einer behördlichen, insbesondere finanzbehördlichen Entscheidung beruht.²⁰¹ Hierunter fallen bspw. gestundete Forderungen. Bei noch nicht fälligen Steuerforderungen

197 BGH, Beschluss vom 8. Dezember 2005 – IX ZB 38/05.

198 Lissner, ZInsO 2015, 2312.

199 Frotscher, Besteuerung bei Insolvenz, S. 19.

200 Lüdtkke, in: HmbK-InsO, 11. Auflage, § 41 Rn. 5.

201 Bornemann, in: FK-InsO, § 41 Rn. 3.

gilt die Vorschrift ebenfalls. Es reicht für die Annahme einer künftig fällig werdenden Steuerforderung aus, wenn feststeht, dass die Fälligkeit zu irgendeinem Zeitpunkt eintreten wird.²⁰²

Soll eine öffentlich-rechtliche Forderung, z. B. die Gewerbesteuer, im Insolvenzverfahren geltend gemacht werden, so ist zu unterscheiden zwischen entstandenen, begründeten und fälligen Forderungen. Grundsätzlich entsteht die Gewerbesteuer mit Ablauf des Kalenderjahres als maßgeblicher Erhebungszeitraum (§§ 18 und 14 GewStG). Unter Berücksichtigung des § 4 Abs. 2 GewStDV ist eine zeitanteilige Begründung der Gewerbesteuerforderung gerechtfertigt. Dies bedeutet also, dass die Gewerbesteuer, die für das Jahr der Insolvenzeröffnung nach einem einheitlichen Messbetrag ermittelt wird, aufzuteilen ist in eine Insolvenzforderung (§ 38 InsO) für die Zeit vor Eröffnung und in eine Masseforderung (§ 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO) für die Zeit nach Verfahrenseröffnung. Die Gewerbesteuerpflicht endet bei Kapitalgesellschaften, die wegen ihrer Rechtsform gewerbesteuerpflichtig sind, erst mit der vollständigen Einstellung der werbenden Tätigkeit, d. h. mit der Verteilung der Insolvenzmasse. Hier hat der Insolvenzverwalter nur die Möglichkeit, eine Herabsetzung der Gewerbesteuerbeträge über eine Abpassung der Vorauszahlungen nach § 19 GewStG zu erreichen. Bei einzelkaufmännischen Unternehmen oder Personenhandelsgesellschaften kommt es auf die tatsächliche Einstellung der gewerblichen Tätigkeit an. Diese liegt dann vor, wenn der Verwalter nur noch verwertet.

Sofern der Insolvenzverwalter ein Unternehmen fortführt und weitere Steuern oder Abgaben (z. B. Abwassergebühren) fällig werden, sind diese gegenüber dem Insolvenzverwalter durch Leistungsbescheid als „sonstige Masseverbindlichkeiten“ im Sinne des § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO geltend zu machen. Es handelt sich hierbei nicht um Insolvenzforderungen. Darum sind sie aus der Insolvenzmasse vorab zu berichtigen. Allerdings ist § 90 InsO zu berücksichtigen. Danach sind Zwangsvollstreckungsmaßnahmen für die Dauer von sechs Monaten (gerechnet ab Verfahrenseröffnung) unzulässig.

Lösung Beispiel: Die gestundete Gewerbesteuer für 2013 wurde mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens fällig und ist zur Insolvenztabelle anzumelden. Gleiches gilt auch für die bis 30. Juni 2014 entstandene Gewerbesteuer.

Frage 72: Was geschieht mit der Grundsteuer?

Beispiel: Über das Vermögen des Schuldners S wird am 1. Juli 2024 das Insolvenzverfahren eröffnet. S ist Eigentümer einer Immobilie. Die Grundsteuer für das Jahr 2023 über 1.000 Euro blieb vollständig unbezahlt. Auch für 2024 leistete S keine Zahlungen an die Gemeinde. Was geschieht mit der Grundsteuer?

²⁰² Bornemann, in: FK-InsO, § 41 Rn. 4.

- 164 Gemäß § 9 Abs. 2 GrStG entsteht die Grundsteuer mit Beginn des Kalenderjahres, für welches die Grundsteuer festzusetzen ist. Die Grundsteuer für 2023 in Höhe von 1.000 Euro ist also zur Tabelle anzumelden. Nichts anderes gilt für die Grundsteuer 2024. Wird ein Insolvenzverfahren, wie vorliegend, unterjährig eröffnet, dann ist die komplette Grundsteuer für das laufende Kalenderjahr als Insolvenzforderung nach § 38 InsO zu qualifizieren und als solche auch zur Tabelle anzumelden. Hier ist bei der Forderungsanmeldung zu berücksichtigen, dass der Gemeinde ein Absonderungsrecht am Grundstück zusteht. Dies ergibt sich aus § 12 GrStG.
- 165 **Fortführung Beispiel:** Im Februar 2025 verläuft der Insolvenzverwalter die Immobilie an den Käufer K. Die Gemeinde verlangt nun vom Insolvenzverwalter, dass dieser die rückständigen Grundsteuern allesamt aus dem Kaufpreis an die Gemeinde auskehrt. Schließlich bestehe ein Absonderungsrecht am Grundstück. Liegt die Gemeinde mit dieser These richtig?
- 166 Nein, die Gemeinde liegt falsch. Mit erfolgter Auflassung erlischt das Absonderungsrecht. Eine Fortsetzung des Absonderungsrechts am Kaufpreis (sog. Ersatzabsonderung) findet nicht statt. Allerdings haftet das Grundstück, trotz Eigentümerwechsel, weiter für die rückständigen Grundsteuerforderungen. Die rückständige Grundsteuer besteht als öffentliche Last am verkauften Grundstück fort. Sollte die Gemeinde im Insolvenzverfahren mangels ausreichender Masse ausfallen, so kann sie, wenn die übrigen Voraussetzungen vorliegen, gegenüber dem neuen Eigentümer einen Duldungsbescheid erlassen. Dem neuen Eigentümer wiederum stehen ggf. Gewährleistungsansprüche gegen die Insolvenzmasse zu, da ein Rechtsmangel vorliegt (vgl. § 435 BGB).
- 167 Anders verhält es sich bei einer Zwangsversteigerung der Immobilie. Mit Zuschlag im Zwangsversteigerungsverfahren erlischt zwar das Absonderungsrecht. Allerdings setzt es sich als Ersatzabsonderungsrecht am Versteigerungserlös fort.

Frage 73: Ist eine Aufteilung der Müllgebühren in Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten möglich?

- 168 **Beispiel:** Über das Vermögen des Schuldners S wird am 1. Februar 2024 das Insolvenzverfahren eröffnet. S ist Eigentümer einer Immobilie. In dieser betreibt er ein Restaurant als Einzelunternehmer. Mit Wirkung zum 1. April 2024 gibt der Insolvenzverwalter die selbstständige Tätigkeit des Schuldners als Gastronom gem. § 35 Abs. 2 InsO frei. Am 15. März 2024 setzt die Gemeinde, aufgrund wirksamer Gebührensatzung, gegenüber dem Insolvenzverwalter Vorauszahlungen für Abfallgebühren für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2024 fest. Ist dies möglich?
- 169 Müllgebühren fallen monatlich an und dies immer erst mit Ablauf des jeweiligen Monats. Sie fallen also zeitanteilig an und sind darum tagesgenau in Zeiträume vor und nach Insolvenzeröffnung aufteilen. Demzufolge sind die Müllgebühren für den Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Januar

2024 Insolvenzforderungen nach § 38 InsO und daher zur Insolvenztabelle anzumelden. Eine Festsetzung gegen den Insolvenzverwalter ist nicht möglich. Denn gegen diesen können nur Masseverbindlichkeiten im Sinne des § 55 InsO festgesetzt werden. Die ab dem 1. Februar 2024 (= Datum der Verfahrenseröffnung) anfallenden Müllgebühren stellen Masseverbindlichkeiten dar, welche gegen den Insolvenzverwalter durch Vorauszahlungsbescheid festgesetzt werden können.

Vorliegend hat der Insolvenzverwalter die selbstständige Tätigkeit des Schuldners zum 1. April 2024 freigegeben. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Müllgebühren ihm gegenüber auch für den Zeitraum ab 1. April 2024 festgesetzt werden können. Denn nach den Abfallgebührensatzungen ist üblicherweise Gebührenschuldner, wer die öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen nutzt. Der jeweilige Grundstückseigentümer gilt regelmäßig als Benutzer. Hier wurde lediglich die selbstständige Tätigkeit des Schuldners freigegeben, nicht hingegen das angeschlossene Grundstück. Dieses ist also unverändert massezugehörig. Es unterliegt der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters. Somit ist dieser, auch über den 1. April 2024 hinaus, Abfallgebührensschuldner. 170

Fortführung Beispiel: Nach Zugang des Vorauszahlungsbescheids vom 15. März 2024 gibt der Insolvenzverwalter das Grundstück am 15. April 2024 aus der Insolvenzmasse frei. Der Insolvenzverwalter vertritt die Auffassung, dass somit Abfallgebühren nach dem 15. April keine Masseverbindlichkeiten mehr darstellen und außerdem der Bescheid an den falschen Adressaten gerichtet sei. Richtiger Adressat sei der Schuldner. Ist diese Rechtsauffassung richtig? 171

Nein. Die Müllgebühren sind für den Zeitraum ab 1. Februar 2024 bis Jahresende als Masseverbindlichkeiten entstanden. Zum Zeitpunkt des Erlasses des Vorauszahlungsbescheids war das Grundstück massezugehörig und der Insolvenzverwalter richtiger Adressat des Bescheids. An diesem Umstand ändert auch die spätere Freigabe des Grundstücks aus der Insolvenzmasse nichts. Der Insolvenzverwalter kann eine bereits entstandene Masseschuld, die an das Innehaben eines Vermögensgegenstandes anknüpft, nicht alleine durch die Freigabe dieses Vermögensgegenstandes beseitigen.²⁰³ 172

Frage 74: Welche Folgen hat eine Forderungsanmeldung ohne Vorlage der Beweisurkunden?

Unterlässt der Gläubiger die Vorlage der Beweisurkunden im Rahmen der Anmeldung, dann wird der Insolvenzverwalter der Feststellung widersprechen, sofern er die Forderung aufgrund der fehlenden Unterlagen nicht prüfen kann. Handelt es hier um eine nicht titulierte Forderung, gilt die Forderung als nicht festgestellt und nimmt zunächst nicht an einer Verteilung teil (§§ 188 und 189 InsO). Nach § 178 Abs. 1 InsO tritt aber eine Feststellungs- 173

²⁰³ VG Düsseldorf, Urteil vom 7. Mai 2020 – 5 K 857/20.

wirkung ein, wenn ein erhobener Widerspruch beseitigt ist. Geschieht dies nicht freiwillig, muss der Sachverhalt in einem Feststellungsrechtsstreit (§§ 179 – 183 InsO) geklärt werden.²⁰⁴ Der Gläubiger muss also Feststellungsklage vor den ordentlichen Gerichten erheben, will er an der insolvenzrechtlichen Verteilung teilnehmen. Legt er die bis dahin fehlenden Beweisurkunden erst im Feststellungsverfahren vor und nimmt der Insolvenzverwalter daraufhin seinen Widerspruch zurück, so trägt der Gläubiger das Kostenrisiko des Feststellungsrechtsstreits.²⁰⁵

- 174 Für die Feststellungsklage besteht nach § 189 Abs. 1 InsO eine Ausschlussfrist von zwei Wochen. Ist die Forderung hingegen titulierte, nimmt die Forderung an der Verteilung teil. Hier obliegt es dann dem Insolvenzverwalter, den Widerspruch in gleicher Weise rechtzeitig zu verfolgen und ggf. die Forderung „zu beseitigen“.

Frage 75: Können Fehler und Lücken in der Anmeldung nachträglich behoben werden?

- 175 Vor Ablauf der vom Gericht festgelegten Anmeldefrist ist ein Beheben von Fehlern und Lücken innerhalb der Forderungsanmeldung jederzeit möglich. So können neue Beträge und neue Forderungen angegeben werden. Der Gläubiger kann des Weiteren Urkunden nachreichen und Klarstellungen zum Grund der Forderung anbringen.²⁰⁶
- 176 Nach Ablauf der Anmeldefrist muss unterschieden werden. Soweit der Mindestinhalt (Gläubiger, Grund und Betrag) der Forderung unverändert bleiben, sind derartige Änderungen nicht zu beanstanden, also unschädlich.²⁰⁷ Nicht zulässig ist es aber, wenn der Gläubiger seiner Forderung einen geänderten Lebenssachverhalt, auch bei identischer Forderungshöhe, zugrunde legt (z. B. ursprüngliche Forderung aus Werkvertrag und nunmehr aus Kaufvertrag). Denn beim Feststellungsverfahren nach § 179 InsO, welches der Gläubiger betreiben muss, um einen Widerspruch zu beseitigen, wird geprüft, ob dem Gläubiger genau die Forderung zusteht, deren Bestand er mit dem in der Anmeldung vorgetragenen Sachverhalt behauptet.²⁰⁸

Will der Gläubiger seine Forderung nach wirksamer Anmeldung und Ablauf der Anmeldefrist auf einen anderen Lebenssachverhalt stützen, muss er seine ursprüngliche Forderung zurücknehmen und die Forderung unter Angabe des neuen Lebenssachverhaltes anmelden.²⁰⁹

204 Sinz, in: Uhlenbruck (Hg.), Insolvenzzordnung: InsO, 15. Auflage 2019, § 179 Rn. 10.

205 Wagner, in: Ahrens/Gehrlein/Ringstmeier (Hg.), Insolvenzrecht, 5. Auflage 2024, § 174 Rn. 12a.

206 Kießner, in: FK-InsO, § 174 Rn. 24.

207 AG Göttingen, Beschluss vom 14. November 2002 – 74 IN 101/02; LG Göttingen, Beschluss vom 23. Januar 2003 – 10 T 7/03.

208 Kießner, in: FK-InsO, § 174 Rn. 26.

209 Kießner, in: FK-InsO, § 174 Rn. 27.

Frage 76: Was bedeutet der Rechtsgrund „vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung“?

Wird im Insolvenzverfahren über das Vermögen einer natürlichen Person eine Forderung aus dem Rechtsgrund der vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung (z. B. das Schmerzensgeld aufgrund einer vorsätzlich begangenen Körperverletzung) zur Tabelle angemeldet und auch widerspruchsfrei festgestellt, dann nimmt diese Forderung nicht an der Restschuldbefreiung teil. Oftmals beschränken sich Gläubiger aber darauf, dass im verwendeten Formular vorgesehene Kreuzchen zu setzen, was nicht ausreicht. Erforderlich ist vielmehr ein schlüssiger Tatsachenvortrag, aus welchem sich der Rechtsgrund „vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung“ entnehmen lässt.²¹⁰ Dazu ist die Schilderung eines Sachverhaltes erforderlich. Die alleinige Nennung von Strafvorschriften (z. B. „Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen“, „Betrug“, „Steuerhinterziehung“ etc.) reicht ebenso wenig aus wie die Angabe der jeweiligen Normen (z. B. „§ 263 StGB“ oder „§§ 28e und 27f SGB IV“ bzw. „gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 266a StGB“). Dies erfüllt nicht die Anforderungen an einen schlüssigen und konkreten Sachvortrag.²¹¹ Die Anmeldung muss hinreichend bestimmt sein²¹² und mit einem schlüssigen Lebenssachverhalt versehen werden.²¹³ Ein zusätzliches Anmeldeattribut wie der Rechtsgrund der vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung muss in der Anmeldung zumindest so eindeutig beschrieben werden, dass der Schuldner erkennen kann, welches Verhalten ihm vorgeworfen wird.²¹⁴ Der Insolvenzverwalter muss den Gläubiger auf den fehlenden Tatsachenvortrag hinweisen. Unterlässt der Gläubiger dennoch die Ergänzung, so wird die Forderung nicht als solche unter dem Rechtsgrund der vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlung aufgenommen. Ebenfalls von der Restschuldbefreiung ausgenommen sind die vorsätzliche pflichtwidrige Verletzung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht oder die Steuerstraftat nach den §§ 370, 373 oder 374 AO. Für diese beiden Konstellationen gilt ebenfalls das Gesagte. Bei der Steuerstraftat kommt hinzu, dass nach § 302 InsO eine rechtskräftige Verurteilung vorliegen muss. Letztere muss allerdings nicht bereits bei Anmeldung vorliegen.²¹⁵

Frage 77: Wann besteht für die Gemeinde ein Absonderungsrecht?

Die Grundsteuer ist als öffentliche Last im Sinne von § 10 Abs. 1 Nr. 3 ZVG ein Privileg des Fiskus in der Insolvenz und der Zwangsversteigerung. Wird ein Insolvenzverfahren eröffnet und besteht seitens der Kommune eine

210 Sinz, in: Uhlenbruck (Hg.), Insolvenzordnung: InsO, 15. Auflage 2019, § 174 Rn. 37 ff.

211 Sinz, in: Uhlenbruck (Hg.), Insolvenzordnung: InsO, 15. Auflage 2019, § 174 Rn. 38 ff.

212 BGH, Urteil vom 27. September 2001 – IX ZR 71/00.

213 BGH, Urteil vom 22. Januar 2009 – IX ZR 3/08.

214 BGH, Urteil vom 9. Januar 2014 – IX ZR 103/13.

215 Pianowski, InsbÜrO 2015, 4 ff.; BR-Drs. 467/12, S. 49 zur Änderung in § 302 Nr. 1: „Unbeachtlich ist, zu welchem Zeitpunkt die Verurteilung erfolgt“.

Grundsteuerforderung gegen den Schuldner, dann wird die Kommune Inhaberin eines Absonderungsrechts am Grundstück des Schuldners. Nach § 49 InsO sind Gläubiger, denen ein Recht auf Befriedigung aus einem Grundstück oder einem grundstücksgleichen Recht zusteht, im Insolvenzverfahren zur abgesonderten Befriedigung berechtigt. Dies bedeutet also, dass die Zwangsversteigerung, trotz Insolvenzverfahren, für die Gemeinde möglich ist. Das Grundstück haftet selbst weiterhin für die Steuerforderung, völlig unabhängig vom Verlauf des Insolvenzverfahrens. Wird die Immobilie im Insolvenzverfahren allerdings veräußert, dann besteht das Absonderungsrecht jedoch nicht am Verkaufserlös.²¹⁶ Somit hat die Gemeinde keinen Anspruch auf abgesonderte Befriedigung aus dem Verkaufserlös. Dieser fließt ungeschmälert in die Masse. Das Grundstück hingegen haftet weiterhin für die Grundsteuer. Die Haftung ist dann gegen den neuen Eigentümer durch Duldungsbescheid geltend zu machen.

Frage 78: Welche Wirkung hat eine fehlerfreie Anmeldung?

- 179 Die Feststellung der Forderung zur Tabelle bewirkt, dass der Gläubiger am Insolvenzverfahren teilnimmt. Er ist stimmberechtigt und bei der Verteilung zu berücksichtigen. Außerdem hemmt die ordnungsgemäße, rechtzeitige und vollständige Forderungsanmeldung gem. § 204 Nr. 10 InsO die Verjährung unter der Voraussetzung, dass die Forderung bis dahin noch nicht verjährt war.

216 BGH, Urteil vom 18. Februar 2010 – IX ZR 101/09.

Stichwortverzeichnis

Die angegebenen Zahlen verweisen auf die Seitenzahlen.

A

Abgabenschuldverhältnis **58**
Absonderungsgläubiger **68, 71**
Absonderungsrecht
– der Gemeinde **79**
Abtretungsfrist **160 f.**
– Dauer **161**
Adressat
– des Steuerbescheids **66**
Akteneinsicht **71**
Aktenzeichen **49**
Altmassegläubiger **68**
Anfechtung **102, 104, 106, 108 ff., 116 f.**
Anfechtungsgründe **112**
Angemessenheitsvermutung **191**
Anmeldeattribut **79**
Anmeldefrist **50, 78**
Anmeldung **58**
– der Forderung **72**
– Ergänzungen **78**
– nachträgliche/verspätete **57**
Anspruch auf Vergütung **54, 187 f., 192**
Antrag
– auf Eröffnung **15**
– Schriftform **22**
Antragstellung
– verspätete **154**
Anzeichen
– Krise **1**
Aufforderung an Drittschuldner **50**
Aufhebung **123, 129, 137, 160**

Aufrechnung **64, 119 f.**
Aufsicht
– über den Verwalter **88**
Aufsichtsmittel **91**
Auskunft **62**
Auslagen **24, 54, 187, 192**
Auslandsvollmacht **64**
außergerichtlicher Einigungsversuch **48, 159**
Aussonderungsgläubiger **68**

B

Bagatellforderung **26**
Bankrott **154**
Beendigung des Verfahrens **122**
Befriedigung
– gemeinschaftliche **30**
Befriedigung der Gläubiger **95, 126**
– Reihenfolge **126**
Berechnungsgrundlage **94 f., 189, 193 f.**
– gerichtliche Feststellung **175**
Berichtstermin **51, 133**
Beschäftigungsverhältnis **172**
besonders bedeutsame Rechts-handlungen
– Zustimmung der Versammlung **87**
Betriebsfortführung **97, 196**
Betrug **154**
Beweisurkunden **77**
Bilanz **21**
Bußgeld **69**

- C**
- COMI **27**
- D**
- Darlegung
– schlüssige **23**
- darstellender Teil *siehe Insolvenzplan*
- Drittschuldner **59**
- Druckanträge **26**
- E**
- Eigenantrag
– Erledigung **36**
- Eigentumsrechte **68**
- Eigentumsvorbehalt **60, 68, 149 ff.**
- Eigenverwaltung **24, 49 f., 82, 131, 133, 137 ff., 144 ff., 160**
- Eigenverwaltungsverfahren **193**
– Nachteile **139**
– Vorteile **138**
- Einigungsversuch
– außergerichtlicher **45 ff., 159**
- Einkommen des Schuldners **122**
– pfändbarer Anteil **179**
- Einstellung mangels Masse **126, 129**
- Einwendungen
– Gutachterbeschluss **36**
- Erbe **171**
- Erbschaft **171**
– Ausschlagung **171**
– in der Insolvenz **171**
- Erfüllungswahl **67**
- Erhalt des Unternehmens **30**
- Erledigung **107**
- Erledigungserklärung **36**
- Ermessen **85**
- Eröffnung des Insolvenzverfahrens **58, 63, 67, 69, 100, 107, 156, 169 f.**
- Eröffnungsantrag
– Einwendungen **35**
– Kenntnis **104**
- Eröffnungsbeschluss **49 ff., 57 ff., 72, 101, 160**
– Auswirkungen auf kommunale Aufgaben **58**
– Inhalt **50**
– Leistungen an den Schuldner **59**
- Eröffnungsgrund **18, 21 ff., 41, 86, 116**
– Glaubhaftmachung **23**
- Eröffnungsverfahren **36 f., 39, 41 ff., 45, 49, 133, 139, 144, 146**
- Erwerbsobliegenheit **168**
- Erwerbstätigkeit **98, 169**
- ESUG **30, 83, 131, 134, 139**
- F**
- Fachaufsicht **90**
- Fälligkeit **19, 74, 109, 188**
- Feststellungsklage **78**
- Feststellungswirkung **78**
- Fiktivbetrag
– Berechnung **173**
- Forderung
– Glaubhaftmachung **23**
– nachträgliche Prüfung (Kosten) **58**
– öffentlich-rechtliche **75**
- Forderungsanmeldung **57, 60, 72, 77 f., 80, 201, 203**
– Art und Weise **57**

- beizufügende Urkunden **77**
- Beweisurkunden, Nachweise **72**
- Form **72**
- Steuer- und Abgabenbehörden **74**
- Fortführung von Unternehmen **68**
- Fortführungsprognose **21**
- Freigabe **97**
- Fremdantrag **15, 22, 24, 26, 36, 49, 154**
- Fruchtlosigkeitszeugnis **24**

G

- Gebühren **24**
- Geldbuße/Geldstrafe **69**
- Gemeinden
 - Fremdantrag **22**
- Gerichtskosten **24, 132, 136**
- Gerichtsvollzieher **24**
- Geschäftsbetrieb
 - eingestellter **44**
- Geschäftsführer **155 ff.**
 - Haftung **155**
- Gesellschaft
 - Insolvenzeröffnung **157**
- Gesellschafter
 - Insolvenzeröffnung **157**
- Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte **139**
- Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen **83**
- Gewerbsteuer **74 f., 102, 104, 155, 198, 201**
- Gewerbetreibende **17**

- Glaubhaftmachung **23, 164, 177, 199, 201 f.**
- Gläubigerantrag **15, 22 f., 50, 154**
- Gläubigerausschuss **38, 42 ff., 51 ff., 62, 71, 85, 87 ff., 124 f., 133, 136, 147**
 - im Eröffnungsverfahren **42**
- Gläubigerbenachteiligung **110, 120**
 - Vorsatz bei erkannter Zahlungsunfähigkeit **112**
- Gläubigerbeteiligung **42, 51**
 - Art und Weise **51**
- Gläubigerversammlung **42 f., 51 ff., 62, 71, 85, 87 f., 122 ff., 133 f., 137 f., 151, 173**
 - Aufgaben des Insolvenzverwalters **87**
 - erste **52**
 - Teilnahmerecht **71**
 - Zeit/Ort/öffentliche Bekanntmachung **52**
- Grundsteuer **75**
- Gutachter **33, 39 f., 49**

H

- Haft **65**
- Haftungsansprüche **64, 154**
- Haftungsbescheide **24**
- Handelsrecht **157**
- Herausgabeanspruch des Verwalters **117**

I

- Informationsrechte **71**
- Initiativrecht
 - Planvorlage **133**
- inkongruente Deckung **105, 108 ff.**

- Insolvenz **108**
 - Alternativen **2**
 - gesellschaftsrechtliche Auswirkungen **153**
 - Insolvenzanfechtung **100**
 - Zweck **100**
 - Insolvenzantrag
 - Pflicht zur Antragstellung **153**
 - Rechtsmissbrauch **26**
 - Insolvenzeröffnung **48, 57, 74, 100, 159**
 - Auswirkung auf Steuerverfahren **60 f.**
 - Insolvenzeröffnungsverfahren **24, 33, 159**
 - Kosten **24 f.**
 - Insolvenzfähigkeit **29**
 - Insolvenzforderung **50, 63, 68 f.**
 - Insolvenzgeldzeitraum **63**
 - Insolvenzgericht **22 f., 26 f., 33, 35 f., 41, 53, 62, 72, 82 f., 86 f., 89, 91, 102, 104, 123 ff., 127, 129, 133 f., 137, 140, 147, 160, 165, 169, 177 f., 198, 201**
 - Zuständigkeit **27**
 - Insolvenzgläubiger **63, 67, 69, 71, 100, 102, 110, 119, 136 f., 160, 164, 177**
 - Definition **67**
 - Insolvenzgrund **50**
 - Insolvenzmasse **44, 63, 87, 94, 110, 117, 122, 125, 127, 131, 137, 179, 187 ff.**
 - Berechnung **179**
 - Insolvenzordnung **46, 58, 67, 74, 95**
 - Insolvenzplan **30, 131 ff., 138 f., 146 f.**
 - Aufbau **133**
 - Gliederung und Inhalt **133**
 - Vor-/Nachteile **132**
 - Wirkungen **136**
 - Insolvenzplanverfahren **131 ff.**
 - Vor-/Nachteile **132**
 - Insolvenzsteuerrecht **56**
 - Insolvenzverschleppung **154 f.**
 - Insolvenzverwalter **38 f., 41 ff., 52 f., 57 ff., 62, 66 ff., 72, 75, 77 ff., 81, 83, 85 ff., 91 ff., 100, 102, 104, 106, 108 ff., 116, 120, 122 ff., 127 ff., 133, 137 ff., 145, 150 ff., 154 ff., 161, 201, 203**
 - Arten **92**
 - Aufgaben **87**
 - Auswahl **85**
 - Person und Anforderungen **81**
 - Pflichtverletzungen **91**
 - steuerrechtliche Funktion **88**
 - Vergütung **92**
 - vorläufiger **25**
 - InsVV **93 ff.**
 - internationales Insolvenzrecht **17**
- K**
- kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen **115**
 - Kollektivschaden **92**
 - kommunale Gläubiger **58**
 - kongruente Deckung **100 ff.**
 - Konzerninsolvenz **28**
 - Kostenrisiko **78**

Krise

- Anzeichen **1**
- Geschäftspartner **2**

L

Leistungsbescheid **58**

Leistungshandlung **59**

Liquiditätsprognose **21**

Listing **85**

M

Masseforderung **67**

Massegläubiger **68, 71, 134**

Masseunzulänglichkeit **68, 126, 130**

Masseverbindlichkeiten **124 f., 160 f.**

Mindeststandards **125**

Mindestvergütung **191 f.**

Mittelpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit **27**

Mitwirkung **62**

– Ausland **64**

Mitwirkungs- und Auskunftspflichtung **62**

Moderator **14, 82**

Müllgebühren **76**

N

Nachhaftung **179**

Nachlassinsolvenzverfahren **17 f.**

nachrangige Forderungen **69**

nachträgliche Anmeldung **57**

Nachtragsverteilung **123, 127 ff.**

Neumassegläubiger **68**

Nichtabführung von Sozialversicherungsarbeitnehmerbeiträgen **154**

O

Obliegenheiten **160, 164, 173, 177**

Obliegenheitsverletzungen

– Heilung **176**

Obliegenheitsverstoß **169 f., 177**

öffentliche Bekanntmachung **105**

– Schlussverzeichnis **73**

Ordnungswidrigkeit **62, 69**

P

Partikularverfahren **17**

Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz (MoPeG) **29**

Pfandrechte **60**

Pfändungsversuch

– fruchtloser **24**

Pflichtausschuss **43**

Pflichtteilsansprüche **171**

Pflichtverletzung **155 f., 186 f.**

P-Konto **181**

Postsperrung **38, 45**

Presse **71**

Privatinsolvenz **17**

Prüfungspflicht

– des Gläubigerausschusses **125**

Prüfungstermin **51**

Q

Querfinanzierung **190**

R

Rat **2**

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) **112**

- Rechtsaufsicht **90**
- Rechtsfolgen
 - Eröffnung für öffentliche Verwaltung **56**
- Rechtsmissbrauch **26 f.**
- Rechtsmittel **36**
- Rechtsstellung
 - der Gläubiger im eröffneten Verfahren **67**
- Rechtswirkungen
 - des eröffneten Verfahrens **50**
- Redlichkeit **62**
- Regelsatz **187 f., 191**
- Regelvergütung **55, 186, 189 f., 192, 196**
- Restrukturierungsbeauftragter **4, 6, 8, 11 f., 14, 82**
- Restrukturierungsgericht **8, 12, 14, 29**
- Restrukturierungsplan **4 ff., 11 f., 14**
- Restrukturierungsrichtlinie **3, 14, 20, 31**
- Restrukturierungsverfahren **4, 6 f., 9, 11, 15, 82**
- Restschuldbefreiung **33, 42, 46, 48 ff., 59, 62, 79, 129 f., 132, 159 ff., 169, 172 f., 177 f., 185**
 - Antrag **33**
 - ausgenommene Forderungen **162**
 - Versagungsgründe **163**
 - vorzeitige Erteilung **160**
- Rückgewähranspruch **100, 117**
- Rückschlagsperre **45, 63**
- Sanierung **131**
- SanInsFoG **2 ff., 20, 31**
- SanInsKG **21**
- Schadensersatzanspruch **117**
- Schenkungen **111, 115**
- Schlussbericht **124, 160, 164**
- Schlussrechnung **94, 123 ff., 160, 189**
- Schlussrechnungslegung **125**
- Schlussstermin **57, 73, 122 ff., 133, 160 f., 164**
- Schlussunterlagen
 - Prüfung **125**
- Schlussverteilung **122 ff., 126 ff., 155, 160**
 - Zustimmung **123**
- Schlussverzeichnis **57, 73, 124 ff., 164**
- Schuldenbereinigungsplan **159**
 - gerichtlicher **48**
- Schuldner
 - Auskunfts- und Mitwirkungspflicht **62**
 - Auskunfts- und Mitwirkungspflichten **64**
 - Selbstständigkeit und Restschuldbefreiung **172**
- Schutzschirmverfahren **82, 131, 133, 139 f., 144 ff.**
 - Vor-/Nachteile **146**
- Sekundärschuldner **26**
- selbstständige Tätigkeit **97, 172**
- selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit
 - Schuldner **159**
- SEPA **59**

S

- Sachverständiger **24, 125**
- Sachwalter **96, 137 ff., 145 ff., 193**

Sicherungsmaßnahmen **33, 37 ff., 44, 104, 109, 146 f., 199 f.**

Sicherungsrechte **51**

– Mitteilung **60**

Soft Skills **83**

Sonderinsolvenzverfahren **17**

Sonderinsolvenzverwalter **82, 92, 95**

Sondervermögen **37**

StaRUG **3, 7 f.**

Steuerbescheide **23 f., 74, 201 f.**

Steuerentscheidungen

– Adressat **89**

Steuererstattungen **155**

Steuerforderung **75, 155**

Steuerstraftat **72, 79**

Stille Gesellschaft **116**

Stunde der Eröffnung **50**

Stundung **33, 50, 103**

T

Tabelle **179**

Tätigkeitsgebühr **186**

U

Überschuldung **18, 21 ff., 104, 113, 133, 140, 146, 171**

unerlaubte Handlung **79, 162**

unmittelbar nachteilige Rechtshandlungen **111**

unmittelbare Gläubigerbenachteiligung **111**

Unterhaltungspflicht **180**

– pflichtwidrige Verletzung einer gesetzlichen Unterhaltungspflicht **79**

Unternehmensinsolvenz **17**

Unterstützungspflicht

– des Schuldners **42**

V

Verbraucherinsolvenz **63**

Verbraucherinsolvenzrecht **48, 139**

Verbraucherinsolvenzverfahren **33**

– Anträge **34**

– Ziele **159**

Verfahrensarten **17**

– Unterschiede **49**

Verfahrenseröffnung

– Auswirkung auf Prozesse **60**

– Wirkungen allgemein **63**

Verfahrenskosten **24, 50, 123, 160 f.**

– Deckung **37**

Verfahrensmangel **35**

Verfügungsbefugnis **59, 156**

Verfügungsverbot **38**

Vergütung

– Aberkennung **186**

– Berechnungsgrundlage **94**

– der Mitglieder des Gläubigerausschusses **54 f., 196**

– des Treuhänders **194**

Vergütung des vorl. Verwalters **193**

Vermächtnisse **171**

Vermögensverhältnisse

– überschaubar **17**

Vermögensverwalter **88**

Verstoß gegen Obliegenheiten **169**

Verteilungsverzeichnis **57, 73**

Vertrag

– gegenseitiger **67**

Veruntreuen von Arbeitsentgelt **154**

Verurteilung **169**

Verwalterauswahl **82**

Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis **41, 127, 137, 139**

Verwaltungs- und Verfügungsrecht **127**

Verwirkung **187**

Vollstreckungsbeamter **24**

Vollstreckungsbescheid **24**

Vollstreckungsverbot **45, 182**

vorgerichtliche Sanierung **2, 4**

vorläufiger Gläubigeraus-
schuss **42 ff., 147**

vorläufiger Insolvenzverwalter **40**

Vorläufiger Insolvenzverwalter **40**

vorläufiger Insolvenzverwalter **86 f., 109**

– Aufgaben **86**

Vorläufiger Insolvenzverwalter

– Rechtsstellung gegenüber Schuldner **40**

vorläufiger Insolvenzverwalter

– starker und schwacher **40**

vorläufiger Sachwalter **194**

Vorsatzanfechtung **112**

– subjektiven Voraussetzungen **112**

vorsätzlich begangene unerlaubte Handlung **72, 79**

Vorschuss **37, 156**

(vor-)vorläufiger Gläubigeraus-
schuss **44**

W

Wohlverhaltensphase **92, 95, 98, 160 f., 169, 172 f.**

– Dauer **161**

Wohnsitzwechsel **169**

Z

Zahlungseinstellung **19**

– Gläubigerkenntnis **103**

– Merkmale **103, 113**

Zahlungsmoral **2**

Zahlungsstockung **19**

Zahlungsunfähigkeit **18 f., 22 f., 101 ff., 106 ff., 133, 140, 146 f.**

– drohende **112**

Zeitpunkt der Fälligkeit **74**

Zu- und Abschlüsse **191**

Zuschläge **55, 94, 190 f., 196**

– Normalfall **191**

Zuständigkeit **27 f., 159**

Zustimmung der Gläubigerver-
sammlung **88**

Zustimmung des Gläubigeraus-
schusses **88**

Zustimmung des Insolvenzge-
richts **123**

Zustimmungsvorbehalt **52, 139**

Zwangsversteigerung **68, 79**

Zwangsverwaltung **68**

Zwangsvollstreckung **38, 63 f., 107**

Zweck eines Insolvenzverfahrens **30**

zweite Chance **159**